

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis: Vierteljahr 2.- M., monatlich 1.- M. ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Nonpareilzeilen kosten 1.20 M. ...

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3. Sonnabend, den 19. Juli 1919. Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Die Franzosen machen nicht mit!

Versailles, 19. Juli. Nach einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau hat der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes gestern beschlossen, den für den 21. Juli geplanten allgemeinen Ausstand zu verjagen.

Amsterdam, 18. Juli. Wie der Telegraph aus Paris meldet, hat der Allgemeine Arbeiterverband mit Rücksicht auf die Opposition des Personals der öffentlichen Dienste, besonders der Angestellten der Eisenbahnen, der Metro und der Postbeamten beschlossen, daß die öffentlichen Dienste nicht an dem allgemeinen Streik am 21. Juli teilnehmen sollen.

Der italienische Eisenbahnerstreik.

Nachtritt des Zentralrats. - Ein neuer Zentralrat für unbedingten Ausstand.

Bern, 18. Juli. B. L. B. Der Zentralrat des italienischen Eisenbahnerbundes hat beschlossen, die Entscheidung für oder gegen eine Teilnahme am Generalstreik den Vertrauensleuten der Ortsverbände zu überlassen.

„Laut „Avanti“ ist der Zentralrat der italienischen Eisenbahner zurückgetreten, worauf in Turin sofort ein neuer Zentralrat gewählt wurde, der sich wieder unbedingt für den Ausstand erklärt hat.

„Stampa“ zum Dreiländerstreik.

Bern, 18. Juli. „Stampa“ erklärt im Leitartikel über den Dreiländerstreik, daß der internationale Protest gegen die Verhandlungsregierungen durchaus berechtigt sei, da sie keine ihrer während des Krieges abgegebenen Versprechungen erfüllt und anstatt der Freiheit und Gleichheit der Welt Fesseln angelegt und die Ungleichheit gebracht hätten.

Demonstration, nicht Streik!

Auf der Versammlung der Arbeiterräte der S. P. D. und D. P. wurde folgende Resolution gegen den Generalstreik am Montag angenommen: Die Arbeiterräte der S. P. D. und D. P. begrüßen die von dem Proletariat der Entente-Staaten und neutralen Länder für die 21. Juli geplante Demonstration für die allgemeine Stilllegung der Eisenbahnen.

Die Gewerkschafts-Internationale.

Amsterdam, 18. Juli. Einem Mitarbeiter des „Het Volk“ teilte der Sekretär des Niederländischen Gewerkschaftsverbandes Timmen über den bevorstehenden Internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam u. a. mit, daß außer den bereits gemeldeten Ländern vermutlich auch Italien, Bulgarien, Ungarn, Serbien, Belgien und Finnland Delegierte entsenden werden.

Sie wollen keinen Ersatz.

Paris, 18. Juli. (Reuter). Der Ausschuss zur Unterwägung der Verantwortlichkeiten hat dem Obersten Rat seinen Bericht vorgelegt, in dem vorgeschlagen wird, daß keine anderen Personen an Stelle des ehemaligen Kaisers betraut werden dürfen.

Tadelsvotum der Kammer.

Paris, 10. Juli. (Havas.) Die Kammer hat bei Behandlung der Interpellationen wegen der Steuerung mit 27 gegen 213 Stimmen eine Tagesordnung Kagouneur angenommen, welche die Wirtschaftspolitik der Regierung tadelt.

Konservatives Kabinett in Spanien.

Madrid, 18. Juli. Der König hat Maura mit der Bildung eines konservativen Konzentrationskabinetts beauftragt.

Das uneheliche Kind.

„Ehe und Mutterchaft stehen unter dem Schutze der Verfassung und haben Anspruch auf die Fürsorge des Staates. Das uneheliche Kind hat das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter wie die ehelichen Kinder.“

Die Befundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.“

„Die unehelichen Kinder haben ein Recht auf den Namen des Vaters und stehen den ehelichen Kindern rechtlich gleich.“

Das sind die Abänderungsanträge, die von unserer Fraktion zu Art. 118 des Verfassungsentwurfs gestellt waren. Ausgehend von der Tatsache, daß der Absatz der ursprünglichen Fassung absolut mangelhaft und auch unklar war, und erfüllt von der Ansicht, daß beim Ehe- und Familienparagrafen auch das uneheliche Kind genannt werden muß, entstand die Abänderung.

Es sind viele schöne Worte gesprochen in den Monaten und Wochen nach der Revolution! Alle Unfreiheiten und auf mittelalterlichen Gesetzen beruhenden Ungleichheiten sollen ein Ende haben!

Jetzt ist der Augenblick da, wo all die guten bürgerlichen Leute beweisen können, daß es ihnen mit den Freiheiten ernst ist.

In den Grundrechten und Grundpflichten der Verfassung ist die Stellung der Person, die Stellung der Familie festgelegt.

Wenn es aber im zweiten Abschnitt unter dem Titel „Gemeinschaftsleben“ heißt:

„Die Ehe steht als Grundlage des deutschen Familienlebens und als Ursprung der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung.“

Die Befundung, Reinerhaltung und Förderung der Familie ist Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinde. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.“

Dann vermissen wir den Schutz des Staates für die uneheliche Frau, das uneheliche Kind.

Genau wie Mann, Frau und Kind eine Familie bilden, genau wie die Witwe mit ihren Kindern als Familie gilt, muß die uneheliche Mutter mit ihrem Kind oder ihren Kindern als Familie Geltung haben. Das Ehepaar allein bildet noch nicht die Familie, an der der Staat besonderes Interesse hat, dem er besonderen Schutz gewährt. Und es heißt ja im Entwurf ausdrücklich: ... ist Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinde.“

Kun behaupten natürlich die Juristen, daß unsere Fassung deshalb nicht einwandfrei sei, weil ja die Mutterchaft ein natürlicher Vorgang und Verursacher weiblichen Menschen und deshalb mit der Ehe in einem Satz des Gemeinschaftslebens nicht zu vereinen sei:

Wir wollen hierbei nicht nur die spitzfindigen Auseinandersetzungen von Juristen hören. Hier soll laut und deutlich die Frau sagen, was sie für richtig und besser hält. Es gibt allerdings Geschlechtsgenossinnen, die auf Grund ihrer Weltanschauung weiterhin den Ausnahmestatus gegen den weiblichen Menschen beibehalten wollen: die Vertreterinnen des Zentrums und der Deutschnationalen.

Aber die moderne, menschlichere Auffassung eines Zustandes in der Menschheit, eines Zustandes, der nicht auf Schlechtigkeit und Lieberlichkeit der ledigen Mütter beruht, wird trotzdem zum Siege kommen.

Die Gesellschaft wird das uneheliche Kind anerkennen. Wenn die Verhältnisse auch noch nicht soweit gediehen sind, daß unsere Anträge zur Annahme gelangten, so bedeutet es doch einen großen Fortschritt, daß folgende von den Demokraten eingebrachte Fassung angenommen wurde:

Die Ehe steht unter dem Schutze der Verfassung, die Mutterchaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.

Die Befundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern.

Für diesen Antrag haben auch wir gestimmt, nachdem wir bei der Abstimmung für unsere Vor schläge keine Mehrheit fanden. Außerdem ist eine Resolution angenommen: einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in gerechter Weise neu regelt.

Wir machen keine Voraussagen über den Erfolg in dieser Sache, denn wir sind nicht der Meinung, daß er ein großer sei. Jedoch sagen wir: Es ist ein Anfang gemacht und die Bahn ist beschriftet, auf der es weiter gehen muß. Wir haben den durch Erziehung und Ueberlieferung

geschaffenen „Mafel“ der unehelichen Geburt nicht aus der Welt geschafft. Wir wissen aber, daß sich die Moralauffassung der einzelnen Menschen umformen und in unserer Sinne verfeinern muß und verfeinern wird.

Darum haben wir auch die Fassung der Unabhängigen abgelehnt, die besagte: „Die unehelichen Kinder tragen den Namen des Vaters.“ Nach unserer Auffassung bedeutet dies keine Verbesserung, eher einen Nachteil für Mutter und Kind. Das Kind ist dadurch auf den ersten Blick als uneheliches kenntlich die Mutter ebenfalls, und in besonderen Fällen außerordentlich; wenn sie z. B. zwei Kinder von verschiedenen Männern hat. Das ist kein seltener Zustand. Außerdem gibt es sehr viele uneheliche Mütter, die ihrem Kind gar nicht den Namen des Mannes geben wollen.

Zum übrigen erwarten wir bei der Neuregelung auf diesem Gebiete und der nötigen Umarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuchs unter der Teilnahme der Frauen, daß nicht nach der Maßgabe von „Mitleid und Fürsorge“ im charitativen Sinne, sondern nach reiner Menschlichkeit, Gerechtigkeit und sozialer Pflichtenauffassung auf diesem Gebiete weitergearbeitet wird.

Der Satz soll Wahrheit werden, daß es nicht mehrklassig abgestufte Geburten gibt, sondern daß jede Geburt und jeder neue Mensch dem Staat ein köstlich Gut ist, das von ihm gehütet und beschützt, gefördert und gepflegt werden muß. Geschlecht dies, dann wird der Beschützte und Umfargte als Erwachsener sich erkenntlich zeigen. Er wird mit ganzer Kraft und mit ganzer Hingabe für die Gemeinschaft eintreten, die seine Kindheit und Jugend behütet und durchsonnt hat.

Elisabeth Röhl.

Die Demokraten.

Am heutigen Tage tritt der Parteitag der bürgerlichen Demokraten in Berlin zusammen. Die deutsch-demokratische Partei wurde bald nach dem 9. November von den am weitesten links gerichteten bürgerlichen Elementen ins Leben gerufen. Vor die Wahl gestellt, eine Partei der wirklich ehrlichen Republikaner und Demokraten zu bilden, oder die vielen Liberalen vorstehende große Sammelpartei zu schaffen, entschied man sich für das letztere und nahm nicht nur fast die gesamte frühere fortschrittliche Volkspartei, sondern auch noch zwei Drittel der Nationalliberalen bei sich auf. Dadurch wurde die ursprüngliche Eigenart der Partei verwischt und es kamen Leute herein (auch in der Führung), bei denen, wie das „Berliner Tageblatt“ feststellte, einem wirklichen Republikaner eine Wäsche überlaufen konnte.

Die Politik der Partei ließ infolgedessen viel an demokratischer Prinzipienfestigkeit zu wünschen übrig. Namentlich bei den Verfassungsberatungen der Nationalversammlung hat die Partei in vielen Punkten den Ausschlag gegen freiheitliche Forderungen gegeben, noch in den letzten Tagen hat sie die Aufhebung der Todesstrafe und die Gleichberechtigung der unehelichen Kinder verhindert. Auch in reinen Verfassungsfragen hat sie verlagert, ihr verdanken wir die Ablehnung kurzer Legislaturperioden usw.

Schwerer als diese Sünden aber wiegt das Verhalten der Demokraten in der Friedensfrage, wo sie die Regierung, an der sie seit dem Februar teilgenommen hatten, im Stich ließen, um sich der Verantwortung zu entziehen. Mutig war das nicht und dieser Schritt wird auch dadurch nicht befähigt, daß gewisse demokratische Blätter sich jetzt wieder über das Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dem Zentrum entrüsten können, nachdem sie selber gerade vier Wochen der Zentrumsehe ledig sind. Es ist jetzt leicht, über die Konzeption an das Zentrum in Kulturfragen zu zernern, — aber welche Hindernisse hat der Manchestergeist der bürgerlichen Demokraten in den Wirtschaft- und Steuerfragen der Regierung bereitet! Vorwiegend wird es auf der Tagung über diese Fragen zu mancher Auseinandersetzung kommen.

Gottfried Keller über Politik und Kultur.

Niederreißen und Aufbauen.

Es gibt eine Lebensart, daß man nicht nur niederreißen, sondern auch wissen müsse aufbauen, welche Phrase von gemütlichen und oberflächlichen Reden allerwärts angebracht wird, wo ihnen eine ständige Tätigkeit unabweisbar entgegensteht. Diese Lebensart ist da am Platze, wo obenhin abgesprochen oder aus löcheriger Reue verneint wird; sonst aber ist sie ohne Verstand. Denn man reißt nicht stets nieder, um wieder aufzubauen; im Gegenteil, man reißt recht mit Fleiß nieder, um freien Raum für Licht und Luft zu gewinnen, welche überall sich von selbst einfinden, wo ein sprechender Gegenstand weggenommen ist. Wenn man den Dingen ins Gesicht schaut und sie mit Aufrichtigkeit behandelt, so ist nichts negativ, sondern alles ist positiv, um diesen Pfeffertuchensausdruck zu gebrauchen.

Allerhand Republikaner.

Ich sah, wie es in meiner Republik Menschen gab, die dieses Wort zu einer hohen Phrase machten und damit umherzogen, wie die Dänen, die zum Jaharmarkt gehen, etwa ein lazes Rödechen am Arm tragen. Andere betrachteten die Begriffe Republik, Freiheit und Vaterland als drei Ziegen, die sie unablässig molken, um aus der Milch allerhand Ziegenkäselein zu machen, während sie scheinheilig die Worte gebrauchten, genau wie die Pharisäer und Katholiken. Andere wiederum, als Anecdote ihrer eigenen Leidenschaften, witterten überall nichts als Knechtschaft und Verrat, gleich einem alten Hunde, dem man die Nase mit Quastläse bestrichen hat und der deshalb die ganze Welt für solchen hält. Auch dieses Knechtschaftswittern hatte einen gewissen Reizwert, doch stand das patriotische Eigenlob immerhin noch höher.

Gerechte und Ungerechte.

Die drei Stammväter haben bewiesen, daß nicht drei Gerechte unter einem Dache leben können, ohne sich in die Haare zu geraten. Es ist hier aber nicht die himmlische Gerechtigkeit gemeint oder die moralische Gerechtigkeit des menschlichen Gewissens, sondern jene blutlose Gerechtigkeit, welche aus dem Vaterunser die Bitte gestrichen hat: Und vergib uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern weil sie keine Schulden mocht und auch keine aufgaben hat, welche niemandem zu Teil lebt, aber auch niemandem zu Gefallen, wohl arbeiten und erwerben, aber nichts aufgeben will und an der Arbeitstreue nur einen Reiz hat, aber keine Freude findet. Solche Gerechte werden keine Vorkenen ein, aber sie günden auch keine an und kein Licht geht von ihnen aus; sie wissen allerlei Phantasier und eine ist ihnen so gut wie die andere, wenn sie nur mit keiner Fährlichkeit verbunden ist; am liebsten werden sie sich dort an, wo diese Ungerechte in ihrem Dasein sind; denn sie untereinander, wenn keine solche zwischen ihnen waren, würden sich abreiben, wie Rüchseine, zwischen denen kein Korn liegt.

Politik und Heer.

Zu dem Besammlungsbericht über die Gründungsversammlung des „Republikanischen Führerbundes“ in unserer heutigen Morgenausgabe ist noch nachzutragen, daß nach dem Korrekturentwurf des Leutnants H. A. Müller-Brandenburg, der scharf die gegen den republikanischen Führerbund gerichteten Angriffe zurückwies, der Referent im Reichswehrministerium, Bernhard Kraus, als erster Diskussionsredner das Wort erhielt. Er betonte, daß er nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern nur als Privatperson spreche und führte etwa folgendes aus:

Das alte monarchische Heer ist aufgelöst. Bis auf weiteres ist Deutschland auf ein kleines Söldnerheer angewiesen. Je kleiner dieses ist, um so fester und zuverlässiger muß es dafür sein. In Deutschland hat durch die innere Staatsumwälzung die Demokratie gesiegt und es ist klar, daß jetzt und in alle Zukunft der Wehrwille des deutschen Volkes für die Reichswehr oberste Autorität sein muß. Da die Revolution für viele Angehörige der Reichswehr eine innere Umstellung notwendig gemacht hat, so ist eine stielbare staatsbürgerliche Erziehung in der Reichswehr dringend nötig. Sinesfältig muß über darüber gemacht werden, daß die Reichswehr nicht zum Tummelplatz parteipolitischer Kämpfe gemacht wird, sonst ist sie militärisch unbrauchbar. Es ist durchaus richtig, daß die monarchische Ideologie noch in vielen Angehörigen der Reichswehr, besonders in den Offizieren, lebt. Aber dafür muß man Verständnis haben. Es sind nicht immer die Besten, die trotz ihrer politischen Gesinnung wehrten. Wo bewußt reaktionäre Staatsfeindschaft auftritt, muß sie mit aller Energie unschädlich gemacht werden. Aber man braucht nicht allzu nervös zu sein, wenn Offiziere nicht sofort ihre alte politische Anschauung loswerden können. Leider hat ein Teil der links stehenden Presse bei der Behandlung der Offiziersfrage den nötigen Takt und die nötige Aufrichtigkeit vermissen lassen. Der Reichswehrminister braucht ein absolut unparteiisches Heer, entscheidend für ihn kann nie das parteipolitische Bekenntnis des Reichsangehörigen sein, sondern nur seine militärische Eignung. Er würde es ablehnen, wenn der R. P. D. sich zu einer Art Stellenvermittlung machen wollte. Sondern schließlich der R. P. D. keine Aufgabe darin erblickt, den Geist moderner republikanischer Staatsauffassung in würdiger Weise und ohne parteipolitische Tendenzen zu pflegen, ist seine Gründung zu bezweifeln. Immer aber muß sich im Auge behalten werden, daß jede Parteipolitik aus dem Heere fernzubleiben hat, und daß der R. P. D. seine Existenzberechtigung in dem Augenblick verliert, in dem er den Boden der Parteipolitik verläßt (selbstloser Weisfall).

Die weitere Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Es sprachen Anhänger und Gegner der neuen Gründung. Vertreter des deutschen Offiziersbundes und der Verbände der aktiven sowie inaktiven Unteroffiziere. Namentlich der Vertreter der inaktiven Unteroffiziere stellte sich der Gründung unentwegt gegenüber. Aus der Versammlung, deren große Mehrheit den Referenten zustimmte, wurden zahlreiche Beiratsverordnungen zum republikanischen Führerbund abgegeben.

Die Lehrer gegen das Schulkompromiß.

Folgende Entschlieung geht aus: Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen von Deutschland und Deutschösterreich sieht sich genötigt, dem Parteivorstand der S. P. D. nachdrücklich zu erklären, daß er sich durch den Schulkompromiß in seinen Hoffnungen auf Einführung der weltlichen Schule hütet geläuscht hat. Er kann insbesondere in der Formulierung des Artikels 143, Abs. 2, keine ausreichende Gewähr für eine freie willkürliche Entwicklung der Schule erblicken und verurteilt deshalb aufs entschiedenste, daß die Partei mit diesem Schulkompromiß die wichtigste Kulturforderung des Erzieher Programms aufgegeben hat. Rydahl, 1. Vorsitzender.

Französische Zersplitterungsarbeit im Westen. Vorden-Agitatoren als Polizeibeamte.

Uns wird berichtet: Der bekannte Staatsanwalt Dr. Dorten hat für seine selbständige Republik Rheinland einen großen Stab von Agitatoren angestellt und verlangt jetzt von dem französischen Oberst Pinaud die Anstellung dieser Agitatoren als Polizeibeamte der Stadt Wiesbaden. Von diesen Agitatoren ist ein großer Teil wegen gemeiner Verbrechen verurteilt. Als

Grund für die der Befehlshaberbehörde beim Polizeidirektor erfolgte Forderung wurde angegeben, daß in Wiesbaden für Dr. Dorten nicht genügend polizeilicher Schutz vorhanden sei. Diese 40 Agitatoren sind vornehmlich in Wirtschaften, Eisenbahnen, Werkstätten und überall da, wo sich Menschen versammeln, tätig. Die Franzosen halten sich bei der Tätigkeit absichtlich im Hintergrunde. Sie überlassen das Feld dem Dr. Dorten und den Zentrumsgenossen. Die Arbeit erfolgt mit solcher Intensität, daß in der Bevölkerung sich allmählich die Meinung breit macht, daß die Selbstständigkeit der Rheinischen Republik nicht mehr abzuwenden sei.

Die militärisch die französischen Befehlshaberbehörde gegenüber allen Vorgängen in Deutschland sind, beweist eine Unterredung zwischen Oberst Pinaud und einem unserer Parteigenossen in der ersterer sagte, daß trotz der Revolution „Scheidemann mit dem Kaiser noch in Freundschaft verbunden“ sei und mit ihm in regem persönlichen Gedankenaustausch stehe. Als Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten hätten allerdings zwei Tage frei, um sich militärischer Ausbildung zu widmen. Als dem Oberst Pinaud gegenüber diese Rückschlüsse besprochen wurden, hat er geäußert, daß so etwas zwar nicht in der Zeitung gebracht wurde, daß aber seine Informationen zuverlässig seien!

Der Lebende meldet sich.

Das „Berliner Tageblatt“ hatte dieser Tage den Genossen Stampfer zu den journalistisch Toten gemortet. Benigstens soweit Berlin in Betracht kommt. Es wüßte ihm einen Nachruf und bedauerte, daß der „Vorwärts“ kein Abschiedswort für den verdienten Publizisten und Chefredakteur übrig gelassen hätte.

Wir haben in unserer Antwort betont, daß zum Abschiednehmen gar kein Anlaß vorliege, daß Stampfer nach seiner Erhaltung von den journalistischen Strapazen nach Berlin zurückkehren und daß dann das „Berliner Tageblatt“ wieder Gelegenheiten erhalten würde, sich an dem Glanz der Stampferschen Feder und der Schönheit seines Stils zu erfreuen. Nicht zuletzt in den Spalten des „Vorwärts“.

In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ bestätigt Genosse Stampfer diese Auffassung:

Mein Rücktritt von der Chefredaktion ist vollkommen freiwillig erfolgt und lediglich eine Rückwirkung der bekannten sachlichen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Nachdem ich mit meinem Standpunkt in einer so wichtigen Frage in der Minderheit geblieben war, konnte ich nach meiner Auffassung nicht die Zeitung eines Blattes behalten, das vor allem die offizielle Haltung der Partei zu vertreten bestimmt ist. Eines Druckes, um mich in dieser Angelegenheit zu befähigen, bedurfte es nicht, er ist auch von keiner Seite geübt worden. Mein parteiunabhängiges Verhältnis zur „Vorwärts“-Redaktion und ihren Verhältnissen ist durch diese Vorgänge in keiner Weise berührt.

Das „Berliner Tageblatt“ hatte behauptet, daß Stampfer den „Radikalen in der Partei als Sühneopfer dargebracht“ worden sei. Wir haben das bestritten und Stampfer schließt sich uns an. Gleichwohl nennt das demokratische Blatt die Zuschrift Stampfers eine „Ergänzung“ seiner aus der Luft gegriffenen Angaben.

Danach liest derjenige, der einem Schmäher laot, daß er geschwindet habe, ihm lediglich eine „Ergänzung“ seiner Verdächtigungen.

Trennung von Schule und Kirche in Braunschweig.

Braunschweig, 18. Juli. In der braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 13 Stimmen laut Meldung der „Braunschweigischen Landeszeitung“ die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Ausschaltung des Religionsunterrichts in den Schulen des Freistaates Braunschweig wurde mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gleichfalls angenommen.

Wenn diese ein Unglück betrifft, so sind sie höchst verwundert und jammern, als ob sie am Spiele säßen, da sie doch niemandem was zu Leid getan haben, denn sie betrachten die Welt als eine große wohlgeschickte Polizeianstalt, wo keiner eine Kontroventenklage zu fürchten braucht, wenn er vor seiner Tür fleißig leht, seine Blumentöpfe unterwahrt vor das Fenster stellt und kein Wasser aus demselben gießt.

Ueberwindung der Korruption.

Die Korruption, der stillsche Verfall des Volkstaates ist so gut der Regeneration fähig, wie das Körperliche des Volkes, durch Reaktion seiner Kräfte, natürliche Polizei, auszuheilen; es ist ja überall in der Geschichte dieser Rhythmus von Sinken und Erheben. Glücklicherweise diese Perioden nur so lange dauern, daß die Erinnerung an das Glück derjenigen an das Uebel das Gleichgewicht hält.

Zur Neuregelung des Hochschulfstudiums.

Studentenwünsche.

Auf dem ersten deutschen Studententage, der soeben in Würzburg getagt hat, sind zur Frage der Neuregelung des Studiums von dem Referenten, cand. can. Birnbauer-München, Leisige vorgelegt worden, die als eine bemerkenswerte Fundgebung im Kampf um Hochschulreform anzusehen sind. Sie sind frei von jeder Phrase; jeder Satz einmal durchaus praktischer Geist. Sie lauten:

1. Die Mitwirkung der Studentenschaft an der Gestaltung des Studiums liegt im Zeitpunkt der Neugestaltung bei den allgemeinen studentischen Vertretungen. Für die sachliche Durcharbeitung des ganzen Gebiets empfiehlt sich engster Anschluß an die Dozentenschaft in gemeinsamen Kommissionen nach dem Muster des Münchner Aktionsausschusses. Die dauernde Mitarbeit der Studentenschaft an der Studiengestaltung liegt zweckmäßigerweise in den Fakultätsausschüssen. (Münchener Organisationsverlauf.)
2. Die Höhe der Vorbildung für das wissenschaftliche Studium darf nicht durch Minderung der sachlichen Anforderungen herabgedrückt werden; von der Neugestaltung des Mittelschulwesens muß vielmehr eine strengere Anknüpfung für die Zulassung zu den Hochschulen erwartet werden. Außerhalb der Regel sollten die Fakultäten die Möglichkeit haben, an Stelle formaler Allgemeinbildung auch eine im Beruf erworbene, ihnen nachgewiesene Sach- und Weisheit als Vorbildung gelten zu lassen.
3. Praktische Berufsvorbereitung des Studenten während der Studienzeit darf nicht behindert werden wie im preussischen Disziplinarricht, sondern ist aus pädagogischen Gründen seitens der Hochschulen zu erleichtern.
4. Seminararbeiten und Praktika sollten eine härtere bevorzugte Stellung im Hochschulunterricht einnehmen wie im allgemeinen bisher. Die große Vorlesung sollte mehr der informativen oder der dogmatischen wissenschaftlichen Darlegung für reifere Hörer vorbehalten bleiben. Ihre sollen Instruktionen über die Arbeitsmittel des Faches und Übungen zur Einführung in die theoretische Fragestellung voranzugehen. Ferner wären die bis-

berigen Seminararbeiten und Praktika, die die Verarbeitung großer Vorlesungen voraussetzen, durchgehend zu differenzieren: Unterscheidung der ersten selbständigen Arbeitsveruche in Profeminare und der großen Seminararbeiten (Doktorarbeit).

5. Die wissenschaftlichen Institute dürfen durch ihre praktischen Aufgaben den Lehrgängen der Hochschulen und der theoretischen Zweckung aller Forschung nicht entgegen werden. Ihre Arbeitsmöglichkeiten sind für die Einführung des Studenten in die praktische Arbeit in höherem Maße auszunutzen.

6. Die pädagogische Ausgestaltung der Seminare und Institute ist nur bei harter Bemühung und systematischer Hebung der Mittelenstellen möglich. Zeitmäßige Heranziehung in anderenweilen Berufen tätiger Akademiker kann hier ausbilden. Verjüngung des Lehrkörpers ist auch durch Verbesserung der Chancen der Lehrentlohnung zu erreichen: mehr bezahlte Lehrstellen ohne Antastung des unabhängigen Charakters der Privatdozenten. Dozenten über 60 Jahre sind von Ordinariatsgeschäften (Vorlesungen usw.) zu entbinden, ohne daß ihre weitere Lebensstellung behindert werden darf. Eine Heranziehung der Studentenschaft zur Mitwirkung bei wissenschaftlichen Verurteilungen bleibt ausgeschlossen.

7. Doktorprüfung und Staatsexamen sind vollständig unabhängig von einander zu gestalten. Als Ausnahme für das praktische Leben ist die Doktorprüfung durch einen anderen Abschluß zu ersetzen (Nationalökonomie). Mindestforderungen für die Doktorprüfungen sind für alle deutschen Universitäten einheitlich auf Initiative des Reiches festzusetzen. Ein Abbau des Prüfungswehens ist durch Ausschaltung gemeinsamer Arbeit von Dozent und Student anzustreben; auch die Reputationsämter in den Diensten dieser Tendenz gestellt werden. Heranziehung der Rechtsordinarien zum Prüfungsamt.

8. Die kommende Hochschulreform, die die Unterrichtsbehörden vorbereiten, darf nicht vor Anhörung der Studentenschaft unmittelbar durch die entscheidenden Stellen vor sich gehen.

Notizen.

— Die nächste Reichspostmarke soll vor dem Erscheinen der Nationalversammlungsdarstellungen gesichert werden. Der Deutsche Werkbund teilt uns zur Frage der Gewinnung guter Entwürfe für die neue Reichspostmarke mit: Ihre Bestimmung muß völlig befreit sein von beherrschend-bureaucratischem Übergewicht und Einseitigkeit; sie soll auf der Verantwortung der besten Künstler ruhen. Der Deutsche Werkbund und andere künstlerische Vereinigungen haben dem Reichspostministerium bestimmt formulierte Vorschläge für den neuen Wettbewerb gemacht, deren Inhalt eine Sicherung der Auslese gegenüber dem Ressortbeamtenrat und seinen Anträgen ist.

— Theater. Die Vereinigten Bühnen Kleines Theater — Kleines Schauspielhaus wollen zu Beginn der nächsten Spielzeit zum erstenmal in Braunschweig Gastspiele geben. Der erste Abend wird den Abend einleiten. — In der nächsten Spielzeit des Berliner Opernhauses wird Wagners „Parsifal“ die erste Hauptrolle sein.

Die Wirkung der Hungerblockade auf die deutschen Kinder.

Ein erschütterndes Bild von den furchtbaren Folgen der englischen Hungerblockade geben die statistischen Mitteilungen, die der Leiter des Berliner Jugendamtes, Dr. Siegmund-Schulze, veröffentlicht hat und über die in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird. Bereits im Herbst 1918 machten sich in den Großstädten die ersten Folgen der Blockade geltend, und die schädlichen Einwirkungen steigerten sich dann unaufhaltsam. Die deutsche Kindersterblichkeit war im Jahre 1917, verglichen mit dem Jahre 1918, gesteigert um 2,4 Proz. bei den Säuglingen, um 49,8 Prozent bei den Kleinkindern von 2-6 Jahren, um 55 Proz. bei den Schulkindern von 6-15 Jahren. In absoluten Zahlen ergibt das die furchtbare Tatsache, daß 50 000 deutsche Klein- und Schulkin der 1917 mehr gestorben sind als 1918. Dabei war das Jahr 1917 in bezug auf die sogenannten „Kinderkrankheiten“ sehr günstig. Die schrecklichsten Opfer forderten die Krankheiten, die letzten Endes auf Unterernährung zurückzuführen sind. So starben an Lungentuberkulose in Berlin im Alter von 4-5 Jahren 1915 20, 1916 85, 1917 47, im Alter von 6-10 Jahren 1915 58, 1916 120, 1917 je 65, im Alter von 11-15 Jahren 1915 53, dagegen 1917 183. Die Zahl der an Tuberkulose im Alter von 16-20 Jahren Gestorbenen erhob sich von 290 im Jahre 1915 auf 494 1917. Ebenso stark ist die Vermehrung der tödlichen Magen-Darmerkrankungen jenseits des Schulalters. Es war also eine Verdreifachung, ja Vervielfachung der Todesfälle in Berlin festzustellen, und ähnliche Zahlen werden aus einer Reihe anderer Städte beigebracht. Die Sterblichkeit ist aber nicht das größte soziale Uebel, das durch die Hungerblockade hervorgerufen wurde. Noch viel erschreckender ist die Zahl der Erkrankungen, die bei der Tuberkulose um das Vierfache gegenüber der Friedenszeit liegt. In Breslau bezifferte sich die Zahl der Patienten des Vereins zur Fürsorge für unheilbare Lungentuberkulose 1918 auf 8669, 1917 auf 20 600. Es bedarf keiner Begründung, welche Anstehungsmöglichkeiten da für die Zukunft gegeben sind: Der Verfasser weist auch an der Hand eindringlicher Fälle den engen Zusammenhang von Unterernährung und geistiger wie sittlicher Verwahrlosung nach. Während des Krieges litten nur wenige Eingeweihte den ganzen Umfang dieser unerhörten Leiden. Der Verfasser hat aber dafür gesorgt, daß die hier angeführten Zahlen und Belege Wilson und Lloyd George bekannt wurden. Die führenden Männer der Entente hatten also eine ganz eingehende Kenntnis von dem ungeheuren Kindersterben, das durch die englische Hungerblockade hervorgerufen wurde.

Industrie und Handel.

Vörje.

Die Beendigung des Landarbeiterstreiks in Pommern und die Erwartung, daß es am Montag nicht zum Generalstreik kommen werde, beeinflusste die Börse recht günstig, so daß die Tendenz einen festen Charakter annahm. Das Geschäft war bereinigt ziemlich lebhaft, besetzt waren eine Reihe von Industrieaktien, sowie Rohstoffwerte, von denen namentlich Gebr. Böhler, Dürr, Kupfer, Daimler und Deutsche Waffen- u. Munitionsfabrik die Führung und gewonnen über 4 Proz. Auch Schiffahrtswerte verbesserten ihren Kurs. Seit waren jedoch bestimmte Rentenwerte; Kriegsanleihen erwiesen mit 8 1/2 Proz., lehnten diesen Kurs später aber nicht mehr behaupten. Rohstoffwerte lagen ruhig.

Groß-Berlin

Verkehr zwischen Polizei und Publikum.

Polizeipräsident Eugen Ernst hat eine neue „Allgemeine Dienstvorschrift für die Polizeivollzugsbeamten“ erlassen, die, wenn sie befolgt wird, ein angenehmes Verhältnis des Publikums zur Schutzmannschaft herbeiführen dürfte. In der Dienstvorschrift heißt es u. a.:

Die Polizeibeamten sollen gegen das Publikum höflich, zuvorkommend und hilfsbereit sein und sich jeder Verschlingung durch Kleinlichkeit, unnötige Strafen oder durch Einmischung in Angelegenheiten, die den Dienst nicht betreffen, grundsätzlich enthalten. Sie haben sich bei allen Gelegenheiten klar zu machen, daß sie zum Schutze des Publikums gegenüber Unbeteiligten der Gesehe oder gegen Störer der öffentlichen Ordnung berufen sind. Sie sollen in dessen ihre Tätigkeit nicht durch Erhaltung vieler Anzeigen von Unbeteiligten beweisen, sondern dadurch, daß sie das Publikum möglichst vor solchen warnen und davon zurückhalten. Sie werden immer richtig handeln, wenn sie diesen Grundsatze zur Richtschnur ihres Verhaltens machen. Wird aber ein nachdrückliches Einschreiten des Beamten erforderlich, so darf sein Benehmen bei aller Entschiedenheit niemals anmaßend, schroff und verkehrt werden. Der Beamte muß sich aller unnötigen Redensarten enthalten, da hierdurch nur Widerspenstigkeit und Weiterungen hervorgerufen werden. Jederzeitiger Hinweis ist nur im Falle dringender Notwendigkeit und auch dann nur schonend und mit Rücksicht anzunehmen. Energie ist keineswegs gleichbedeutend mit Grobheit und Härte, und erfahrungsgemäß folgt auch das Publikum den polizeilichen Anordnungen um so bereitwilliger, je ruhiger und maßvoller der Polizeibeamte auftritt.

In ausverkaufter Erteilung sachgemäher Auskunft an das Publikum — ohne Weitschweifigkeit — mit Worten, aber höchsten Worten muß der Beamte ein vornehmliches Mittel sehen, den guten Ruf seines Standes zu heiligen und zu fördern. Hierdurch sowie durch seine persönliche Vorbereitbarkeit, namentlich Kindern, Frauen, gebrechlichen und verunglückten Personen gegenüber werden sich die Beamten das Vertrauen sichern.

Das Hauptverbot für eine gewissenhafte Amtsführung ist die Unbestechlichkeit des Polizeibeamten. Der Polizeibeamte ist ferner zur strengsten Amtsverschwiegenheit über die dienstlichen Wahrnehmungen und über alle Angelegenheiten verpflichtet, die ihrer Natur nach für die Öffentlichkeit nicht bestimmt sind.

Zur Tötung des französischen Sergeanten Manheim.

Im Berliner Leichenhaus wurde gestern nachmittags eine Leichenfeier für den erhabenen Sergeanten Manheim feiert. Die französische Militärkommission war hierzu durch einen General, mehrere Offiziere und Soldaten vertreten. Außerdem hatten alle ihre weitläufigen Militärmissionen der Entente Abordnungen entsandt, so daß der Raum, in dem der Sarg aufgebahrt war, bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die religiöse Feier fand, da Manheim protestantischer Konfession ist, nach jüdischem Ritus statt. Heute nachmittags wird die Leiche nach dem Bahnhofsplatz überführt werden, um von dort aus nach Paris weiterbefördert zu werden.

Gestern nachmittags fand bei der Kriminalpolizei eine Gegenüberstellung der Zeugen, die den Vorfall zum Teil ganz mit anderen Personen, in der Friedrichstraße auf die beiden Franzosen eingeschlagen sind. Alle bekunden, daß keiner dieser Soldaten mit dem Namen identisch ist, der den französischen Sergeanten auf der Straße erschossen hat. Die Zeugen wiederholten ihre Aussagen, ebenso auch die, die über das herausfordernde Benehmen der beiden Franzosen Angaben gemacht hatten. Es sind dies glaubwürdige, ältere, ehrbare Leute, die frei von jedem Chauvinismus nachge-

Einseitigkeiten über das probierende Auftreten der Franzosen im Kaiser-Kaffee und in der Friedrichstraße machen.

Fallen der Schleichhandelspreise.

Die „Vossische Zeitung“ berichtet, daß in Berlin in Läden gebrannter Kaffees schon für 6,00 M. das Pfund angeboten wird. Kaffee mit 16 M. echter Tee mit 10 M.

Aus München werden folgende Stoffpreise für das Meier je nach Breite und Güte gemeldet: Watte 11,50-23 M., Wolle 13,50-29,50 M., Kattümpfe 18-27,50 M., Wäscheleiste 13,90 bis 17,50 M.

Aus Halberstadt wird berichtet, daß eine Kaffeerösterei feinsten gebrannten Kaffees im Kleinhandel jetzt für 8,00 bis 10 M. das Pfund anbietet, während er bisher noch 24 M. kostete und vor drei Wochen noch 50 M. gefordert wurden. Garantiert reiner 24 b. G. feinsthaltiger Kaffee wird für Ende dieses Monats zum Kleinverkauf mit 8-10 M. das Pfund angekündigt. Gegenwärtig werden noch 24 M. für das Pfund verlangt. Deutscher angekaufter Speck wird für 14-15 M., amerikanischer Speck für 12-13 M., amerikanisches Schmalz für 14-15 M. angeboten. Neu aufgetaucht sind in den Geschäften Pariser Käse. Der Preis für einen Käse in der Größe eines fünfmarktsüdes beträgt allerdings 45 M.

Aus Bamberg hören wir, daß auf dem Wege der Samstagsverköcher fast vollständig ausgeführt hat. Während vor noch nicht langer Zeit die Gegend von thüringischen Hamstern überflutet war, die 25-30 M. für ein Pfund Butter zahlten, bieten die Bauern jetzt Ortsanwässiger oder Wandern ohne weiteres Butter für 6-8 M. das Pfund an.

Die Gemeindevertretung als Finanzcensor.

In der letzten Sitzung der Friedenauer Gemeindevertretung wurde eine von der demokratischen Fraktion eingebrachte Entschließung angenommen, die sich mit den „Ausklärungsfilmen“ beschäftigt. Danach wird der Gemeindevorstand von Friedenau baldmöglichst alle Inhaber der hiesigen Kinoplätze zu gemeinsamer Erörterung zusammenberufen, in der Absicht, eine bindende Erklärung sämtlicher Unternehmer zu erzielen, wonach die sogenannten „Ausklärungsfilme“ oder ähnliche Produkte künftighin in Friedenau nicht mehr zur Aufführung gelangen sollen.

Sein „fröhlicher Tag“?

Die „Freiheit“ berichtet: Wir erhielten folgendes Telegramm: Berlin Lützow 2170 187 1/50 n.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes wird um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht:

Der Artikel „Ein fröhlicher Tag“ in der Abendausgabe vom 17. 7. der „Freiheit“ beruht nicht auf Tatsachen. Das Regiment Ober weiß von keinem Fest, das am 27. 7. stattfinden soll, auch befindet sich im Regiment kein Hauptmann Niemann, Deutscher Militär, noch Feldwebel Jahn, der die Einladung zu dem Fest unterzürben haben sollte.

Reichswehrminister Noske ist ebenfalls an einem derartigen Fest völlig unbeteiligt.

Oberkommando Noske.

Schade, wieder mal solche schöne Fehgerichte daneben gelungen.

Störung im westlichen Straßenbahnbetrieb.

Heute normallag zwischen 8 und 9 Uhr entstand im Berliner Westen eine Störung im Betrieb der elektrischen Straßenbahn. Die Bahnen lagen zum Teil ganz still, zum Teil „kälchen“ sie die Straßen hinunter. In den Volksteatern hatten sich überall Menschen angeammelt, unter denen besonders hervorstechend die Störung als den Beginn eines neuen Streiks bezeichnet. Der Grund der Unterbrechung des Straßenverkehrs war eine mechanische Störung in der Zentrale der Charlottenburger Elektrizitätswerke, die nach kurzer Zeit behoben wurde, so daß von 9 Uhr ab der Verkehr sich wieder glatt abwickelte.

Das Spiel mit der Schusswaffe hat gestern wieder ein junges Menschenleben gefordert. In der Diermannstraße 73 spielte der Schloßerlehrling Feix Guise in Gegenwart seines Freundes, des 16 Jahre alten Benlehrigen Hugo Treble, mit einer Revolverkugel, die dabei den Schützen zurück und drückte die Waffe ab. Eine Kugel, die noch im Lauf steckte, ging los und traf den Benlehrigen so schwer, daß er nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag.

Die Leiche eines jungen Mädchens wurde gestern vor dem Grundstück Friedrichs-Karl-Weg aus dem Wasser gezogen. Die Leiche ist etwa 18 bis 22 Jahre alt und trug ein dunkelblaues Jackett, schwarz-weiß gestreifte Hülse und ebenfalls ein dunkelblaues Unterrock und schwarze Anstiefel. Am rechten Fußgelenk hat sie eine Narbe, am linken eine erbsengroße Wange. Die Leiche befindet sich im Schauhaus.

Unzureichende Kohlenzufuhr. Im Monat Juni betragen die Eingänge an Dampfkohlen in das Gebiet des Rostenerverbandes (Graz-Berlin) 101 737 Tonnen gegenüber einem rationalsten Bedarf von 200 000 Tonnen, die fehlende Menge beträgt demnach 98 263 Tonnen.

Eine Veränderung im Sonntagsdienst der Postämter tritt von morgen ab in Kraft. Zur Verbesserung der Sonntagsruhe im Postdienste werden die Schalterdienststunden geändert und zwar werden die Schalter nur noch am Vormittag geöffnet sein in der Zeit von 8-9,45 Uhr. Die bisherigen weiteren Dienststunden von 12-1 sollen in Zukunft fort. Allerdings können auch außerhalb der oben angegebenen Dienststunden noch Einschreibbriefe gegen die besondere Annahmgebühr von 20 Pf. an den Sonntagen aufgegeben werden. Im übrigen soll aber der Postdienst ruhen. Nur die Annahme von Telegrammen ist bis um 10 Uhr abends zulässig.

Apotheker, die auf sozialistischem Boden stehen, wollen ihre Abtreibe an Gen. War Anzergemäß, Berlin, Neue Poststr. 24, einleiten.

Am 20. 7. wieder Dönnung. Die beiden kleinen Bänken, die kürzlich beim Gießwerk und daher auch im Nordosten deutlich vertrieben sind, haben sich jetzt so weit entfernt, daß sie bei warmem Wetter auf dem Boden gegenüber dem Hauptbahnhof zusammenklappen. Eintritt während des ganzen Tages nur 50 Pf., ebenso für das Aquarium, Kinder die Hälfte.

Auf der Olympia-Radrennbahn wird morgen, nachmittags 4 Uhr, die Meisterfahrt von Berlin für Dreijahres ausgefahren. Für dieses Rennen sind 25 000 M. für Preise ausgesetzt, der Sieger erhält außerdem eine goldene Medaille. Für dieses speziell große Rennen haben sich durch die Teilnahme fünf der besten und schnellsten Dauerfahrer beworben. Einmal, welcher in seinem Verlauf gewonnen hat und in seinem Kräftigkeit sehr schnelle Kunden mit Begeisterung folgt; Bauer, der Sieger aus dem zweiten Vorlauf, welcher ebenfalls Radrennfahrer ist; Wülfel, welcher bisher fast jedes Rennen gewonnen hat und den Sportschreibern durch seinen Sieg im „Erdbeer“ im „Großen Preis von Berlin“ noch in besser Erinnerung ist; Kämpf und Reimer, welche beide am Sonntag ganz vornehmlich saßen. Als 2. Dauerrennen wird der Radcuppreis, welcher über 60 Kilometer geht, und in welchem fünf ganz fähiger sich gegenüberstellen, wie Kellner, Kante, Kistner, Dreier und Scheller, welche sich in den Vorläufen nicht plackern konnten, saßen. Es haben auch noch vier Ausgerufenen statt, zu welchen u. a. Stabe, Schöng, Wölfl gemeldet sind. Die Rennen beginnen nachmittags Punkt 4 Uhr.

Sportpark Treptow. Morgen öffentliches Training der anstehenden Dauerfahrer und Schrittmacher. Gelegentlich derselben werden einige Trainingsrennen über 10 und 15 Kilometer gegeben, welche von Radowitz unter Coeger, Fingel hinter Thormann und Jendse hinter Wagner bestritten werden. Der Beginn des Trainings ist auf 8 Uhr nachmittags festgelegt.

Ringkampf Admiralspalast. Im gestrigen Abend feierte Altmann über Knoch bereits nach 4,30 Minuten durch Abkündigung mit Kopfstoß und Schwung in 16 Minuten durch Würgung am Boden über Redlitzer. Knoch unterlag dann dem wieder sehr überaus ringenden Kramm nach 6,30 Minuten durch Untergriff am Boden, während Strömisch in 10,10 Minuten zu tun hatte, um Linte auf die Schulter zu dringen durch Kopfstoß.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Preis. Nächste Woche auf Groß-Berliner Lebensmittelkarte Abk. 45 1 Pf. Kaffeebohnen, Abk. 55 200 Gr. Hühnerfleisch, Abk. 58 1/2, 1 Pf. Reis; auf Karte für Jugendliche Abk. 42 1/2, 1 Pf. Nahrungsmittel; auf Karte für Kriegesbeschädigte Abk. 4 1 Pf. Reis; auf den Preiserhöhung Abk. 18 und gegen Vorlage einer Besondere Bescheinigung für werdende Mütter ab 6. Monat 1/2 Pf. Speck und 1 Pf. Butter; Abk. 24 und gegen Vorlage der Karte für Jugendliche im 13. Lebensjahre 1/2 Pf. Speck und 1/2 Pf. Zulehnd; Abk. 35 1/2, 1 Pf. Sonderzulassung für Kinder etc. Diese Karten werden abgegeben: markierte Schalen 1 Pf. 1.- M. Der Verkauf beginnt mit den Zulassungen am Montag, dann weiter die Nummern 2701-2700 am Dienstag, 2640-1800 am Mittwoch, 1790-1600 am Donnerstag, 890-1 am Freitag.

Strahlen. Heute gelangen auf die Abk. 27 und 28 der Lebensmittelkarte 500 Gramm Honig (1,04 M.), Abk. 29 500 Gramm ausländisches Getreidemehl (48 M.), Abk. 31 250 Gramm Graupen (22 Pf.), Abk. 32 125 Gramm Reis (50 Pf.). Die Abk. sind bis Mittwoch dort abzugeben, wo die Entnahme der Waren beschlagnahmt wird.

Zettel. Auf Abk. J 11 und K 12 der Einjahreszulassungen je 250 Gr. ausländisches Weizenmehl, Abk. 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 150 Gr. Graupen, Abk. 42 250 Gr. Reis, Abk. 43 500 Gr. Teigwaren, Abk. 44 500 Gr. lste Substanz, Abk. 45 der Sonderlebensmittelliste für Kinder bis zu 7 Jahren 1/2 Pf. Reis und 2 Pf. Bäckerei-Mischmehl, Abk. 46 der Sonderlebensmittelliste für ältere Einwohner 1/2 Pf. Reis und 2 Pf. Bäckerei-Mischmehl oder 2 Pf. Bäckerei-Puddingpulver, Abk. 47 der Sonderlebensmittelliste für Jugendliche 1/2 Pf. Reis und 1 Pf. Bäckerei-Mischmehl oder Puddingpulver.

Niederländische. Bei Abk. 44 (Kinder bis zu 7 Jahren) 1/2 Pf. Reis, für Kinder, die nach dem 30. Juli 1918 geboren sind: 1 Löt. Schokolade oder 100 Gramm Kaffee. Anrechnung bis 21. Juli, National (Zimmer 10). Abk. 41 (Kriegsbeschädigte) 2mal 1/2 Pf. Kaffeebohnen; Abk. 42 500 Gramm Graupen; Abk. 43 1 Pfund Wasmehle; Abk. 44 500 Gramm Kaffeebohnen.

Viehzerklebe. Vom 21. bis 26. Juli am Kr. 49 der Lebensmittelkarte 250 Gramm ausländisches Weizenmehl (1,45 M.). Ferner auf die Abk. W 8, O 9 und D 10 der Einjahres-Zulassungen je 250 Gramm amerikanisches Mehl (sonst verschiedener Farbe), zusammen 750 Gramm amerikanisches Mehl (1,35 M.).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Mitglieder der jungsozialistischen Vereinigung treffen sich Sonntag, den 30., morgens 8 Uhr, am Eichenpark (Borsdorfplatz) zum Ausflug nach Strausberg. Abfahrt des Zuges 9¹⁵.

Jugendveranstaltungen.

Die Abteilungsführerkonferenz findet bereits heute im Jugendheim, SW 68 Lindenstr. 3, statt.

Schöneberg. Heim Waldenstr. Sonntag, 30. Juli: Nachmittagskaffee im Jugendheim, Dienstag, 7¹⁵ Uhr: Mitgliederparlament, Freitag: Volkstänze, Spiel im freien Spiel, Sonntag, 27. Juli: Schischtag, Havelberge, Treffpunkt 7¹⁵ Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz. Gäste sehr willkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Holzarbeiter.

Auf der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes (Zahlstelle Berlin) gab Siegel den Bericht vom Gewerkschaftskongress. Er behauptete, daß auf dem Kongress nichts vom revolutionären Sozialismus zu spüren gewesen sei. Der Redner sprach dann über die Verschlechterung der Arbeitslohn, die Krisenpolitik der Generalverwaltung und der E. P. D., die Arbeiter, die Arbeiter und Parlamentarismus. Von den Delegierten der Holzarbeiter habe nur einer gegen das Vertrauensvotum gestimmt. Der Redner ging auf die Arbeitsgemeinschaft und das Räteproblem ein. Ueber die praktische Arbeit des Gewerkschaftskongresses sprach er nur so nebenbei.

Muppera teilte mit, daß die U. E. P. Arbeiterliste beschlossen haben, am Montag Arbeitstreue einleiten zu lassen. — In der Diskussion wurde von den Rednern fast gar nicht auf den Gewerkschaftskongress eingegangen, sondern nur die Regierung und Noske angegriffen.

Bei den Stichwahlen zum Hauptvorstand wurden Lindemann, Smutnowsky und Kuntz, zum Vorstand Wilhelm, Garmisch und Götter gewählt.

Vorkiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Wächter und Hausreiner für Wohn-, Geschäft-, und Industriehäuser!

Nach langen, schwierigen Verhandlungen ist es endlich gelungen, für obgenannte Gruppen einen Tarifvertrag, gültig ab 1. Juli 1919, mit dem Bund der Berliner Grundbesitzervereine, BSHZ, 14, abzuschließen.

Eine Unternehmerrunde, der Verband der Berliner Geschäft- und Industrieausbehalter, die Jakobstraße 20-22, übte sich bisher noch nicht veranlaßt, den Tarif zu unterschreiben. Ein Zeichen dafür, wie wenig Verständnis diese Herren Arbeitgeber für die wirtschaftliche Lage ihrer Angestellten haben. Die Anerkennung des Tarifes auf der ganzen Linie darf jedoch an der noch bestehenden Rücksichtslosigkeit einzelner Unternehmerrunde nicht scheitern. Wir fordern deshalb von allen Berufskollegen, freige darauf zu achten, daß der Tarif in allen Häusern und Betrieben reiflich bewilligt und anerkannt wird.

Tarifverträge sind in den zuständigen Verbandsbüros gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches von Donnerstag, den 24. Juli, ab in Empfang zu nehmen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Deutscher Portierverband.

Angestellte des Groß-Berliner Papierfaches.

Die Arbeitgeber in den Groß-Berliner Buchdruckereien, Buchbindereien, Geschäftsbüchern, Verlagsbüros, Papieren- und Papierfabriken und -handlungen haben durch immer wieder künstlich erzeugte Schwierigkeiten die Angestellten monatlang von der Erreichung menschenwürdiger Gehälter und Arbeitsbedingungen abhalten verhindern. Nachdem sie sich endlich zu Verhandlungen bequamen, allerdings unter Vorgabe der beiden Unternehmerrunde, die mit einem gänzlich unzulänglichen Tarifvorstoß kam, haben sie wiederum die Verhandlungen (unserlich) zu machen versucht, indem ein Teil der Arbeitgeber, namentlich die Buchbinder, Buchdrucker und Papierenfabriken, aus den Verhandlungen ausblieben, während der Rest erklärte, sein Votum zur Bewilligung der Höhe, die von den Angestellten als Vermittlungsvorschlag gefordert wurden, zu besitzen. Die ganze Taktik geht ganz offensichtlich auf eine Verschleppung hinaus, die angesichts der unheilbaren wirtschaftlichen Lage nicht länger gebuldet werden kann. Die Angestellten müssen sich endlich aufrufen und den Arbeitgeber zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich weiter an der Nase herumzuführen zu lassen, sondern zur Anwendung anderer gewerkschaftlicher Mittel entschlossen sind, falls ihnen nicht entsprechendes Entgegenkommen bewiesen wird.

Ihr Entgegenkommen hat Verzicht über die bisherigen Verhandlungen und Verschleppung beizubehalten sich alle Angestellten des Groß-Berliner Papierfaches am Dienstag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, in den Kustlerkajen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31.

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Bindungsvereines, Zentralverband der Handlungsgeschäften.

Wohlfahrtsrat aller Angehörigen-Hausbesitzer des Metall- und Eisen-Komitees. Sitzung in den Rellen 23 am 22. Juli um 6 Uhr pünktlich. 1. Hauptreferat: 2. Nächste Wohlfahrtsversammlung und Baden.

Funktionäre der Elektroindustrie: Arbeiterkreise und Vertrauensleute, Obmann der Angehörigen-Hausbesitzer, Vertrauensleute der Gewerkschaften der Hand- und Kopfabbeiter: 1. Industriekongress am 28. Juli pünktlich 6 Uhr Kala, Köpplisches Gymnasium.

Wohlfahrtsrat Frauen- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Pilske Berlin 2. Mitgliederparlament heute 8¹⁵ Uhr bei Kaiser, Havelberger Str. 154.

Die Einladung für Einbrecher. Eine vielfach verbreitete Art... Die Einladung für Einbrecher. Eine vielfach verbreitete Art...

Der Angeklagte inzwischen Wäsche und Kleidungsstücke sowie Schmuck... Der Angeklagte inzwischen Wäsche und Kleidungsstücke...

Briefkasten der Redaktion.

M. 10. Eine Zusenderstattung erfolgt nicht. - M. 2. 100. 1. 30... Eine Zusenderstattung erfolgt nicht. - M. 2. 100. 1. 30...

entweder an den Truhdienten oder an das zuständige Bezirkskommando... Entweder an den Truhdienten oder an das zuständige Bezirkskommando...

Verantwortlich für Politik: Felix Adler, Charlottenburg, für den... Verantwortlich für Politik: Felix Adler, Charlottenburg, für den...

Grundmann & Kuhn Erste Berliner Spezialfabrik für Transportgeräte... Grundmann & Kuhn Erste Berliner Spezialfabrik für Transportgeräte...

Berlin C. Wallstr. 13 Gardinen Gardinenhaus Bernhard Schwartz... Berlin C. Wallstr. 13 Gardinen Gardinenhaus Bernhard Schwartz...

Echten Hanf für Singvögel u. Papageien Pfd. 4,90... Echten Hanf für Singvögel u. Papageien Pfd. 4,90...

Juwelier Siegel Brillanten von höchstem Feuer Paalen... Juwelier Siegel Brillanten von höchstem Feuer Paalen...

Verkäufe

Felsenersteinen! Wunderbare Ansicht von 100... Felsenersteinen! Wunderbare Ansicht von 100...

Kochherde, kleine und große, vorzüglich... Kochherde, kleine und große, vorzüglich...

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...

Geschäftsverkäufe

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...

Möbel

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...

Fahrräder

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...

Musikinstrumente

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...

Arbeitsmarkt

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...

Stellenangebote

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...

Arbeitsmarkt

Wohlfühl. Spezialität... Wohlfühl. Spezialität...